



Lesbische Aktivistinnen in Serbien protestieren

SERBIEN: MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER_INNEN IN GEFAHR

LGBT-MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER_INNEN IN SERBIEN SIND ANGRIFFEN SOWOHL DES STAATES ALS AUCH NICHT-STAATLICHER AKTEUR_INNEN AUSGESETZT, BESCHREIBT EIN IM HERBST ERSCHEINENER AMNESTY-REPORT.

Aktivist_innen, die die Rechte von LGBT-Personen schützen, und die selbst innerhalb der Zivilgesellschaft marginalisiert werden, erleben diskriminierende Angriffe sowohl vom Staat als auch von nicht-staatlichen Akteur_innen. Sie sind Ziel sowohl von physischen Attacken als auch von medialen Angriffen. Nur wenige der Täter_innen werden zur Rechenschaft gezogen.

POLIZEI KANN NICHT DAMIT UMGEHEN

Die NGO Labris dokumentierte auch grobe Misshandlungen und Diskriminierungen von LGBT-Personen durch die Polizei. Jelena Đorđević von der Organisation Anti-Trafiking Centar zufolge, schafft die Polizei es nicht,

mit dem diskriminierenden Charakter derartiger Angriffe umzugehen.

HOMOPHOBE ATTACKEN BEI QUEER FESTIVAL

Am 19. September 2008 attackierte und verletzte eine Gruppe von 10 Personen vier Teilnehmer_innen des Belgrade Queer Festivals. Die Polizei verhaftete zwei der mutmaßlichen Täter. Drei Tage darauf verurteilte das Queer Beograd Collective den Angriff und rief die Regierung dazu auf, das Rechtsstaatsprinzip umzusetzen, um der steigenden Zahl homophober Attacken entgegenzuwirken. Am 22. Mai 2009 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Diskriminierung,

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

UGANDA: NEUES GESETZ BRINGT TODESSTRAFE

Ein Gesetzesentwurf in Uganda sieht die Möglichkeit vor, Homosexualität in bestimmten Fällen mit dem Tod zu bestrafen. Allen, die Homosexuelle nicht anzeigen, werden ebenfalls Strafen angedroht. Amnesty International kritisierte den Entwurf scharf.

JAHRESBERICHT

Das Netzwerk LGBT-Rechte blickt auf ein aktives Jahr zurück. Einen kurzen Rückblick über die Aktionen und Veranstaltungen des Netzwerks findest du auf der Seite 3.

MENSCHENRECHTS- ARBEIT BRAUCHT DICH!

Arbeit für die Menschenrechte kostet Geld. Wie du dem Netzwerk LGBT-Rechte spenden kannst und wofür das Geld dann verwendet wird, liest du auf der Seite 2.

IMPRESSUM

Herausgeberin und für den Inhalt verantwortlich:
Amnesty International Österreich,
Netzwerk LGBT-Rechte

Redaktion:

Daniela Kammerer, Martin Baumgartner

Kontakt:

Amnesty International Österreich,
Moeringgasse 10, 1150 Wien,
01/78008, info@lgbt.at, www.lgbt.at

FORTSETZUNG VON SEITE 1

das von der NGO Labris im Namen der Opfer des Angriffs eingebracht wurde, ein, da die Vorfälle weder „ethnische oder andere Diskriminierungen“ noch „Verletzungen des Gleichheitsprinzips“ darstellen würden.

KEINE PRIDE SEIT 2001

LGBT-Personen wird ihr Recht auf freie Meinungsäußerung vorbehalten: Seit dem Jahr 2001 konnte keine Pride mehr in Belgrad stattfinden. Damals scheiterte die Polizei dabei, die Demonstrant_innen vor Mitgliedern der serbisch-orthodoxen Kirche und rechter Organisationen zu schützen. Im Jahr 2008 wurde die Pride aufgrund des Sicherheitsrisikos abgesagt. Die Organisator_innen riefen daher die Regierung dazu auf, auch für LGBT-Personen die Versammlungsfreiheit in Serbien zu garantieren. Dennoch konnte auch 2009 keine Pride in Belgrad stattfinden, sie wurde kurzfristig abgesagt. Der Belgrader Bürgermeister Dragan Dilas meinte im August, dass sexuelle Orientierung ein Thema sei, das „in den eigenen vier Wänden“ bleiben sollte.

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ BESCHLOSSEN

Anfang dieses Jahres wurde ein Gesetz, das Diskriminierung von LGBT-Personen verboten hätte, auf Druck der serbisch-orthodoxen Kirche, der katholischen Kirche und der muslimischen Gemeinschaft zunächst verworfen, konnte aber von einer sehr schmalen Parlamentsmehrheit schließlich doch noch beschlossen werden. Dieses Gesetz stellt eine der Reformen dar, die von der EU im Rahmen des Beitrittsprozesses von Serbien gefordert wurden.

GET ACTIVE!

Du kannst dich für besseren Schutz für LGBT-Menschenrechtsverteidiger_innen einsetzen, indem du den Appellbrief auf der letzten Seite an den serbischen Präsidenten unterschreibst und abschickst.

Dieser Artikel beruht auf Auszügen aus dem Amnesty International-Bericht "Serbia: Human Rights Defenders at Risk", Index: EUR 70/014/2009. Den vollständigen Bericht in englischer Sprache kannst du auf www.amnesty.org downloaden.



Arbeit für Menschenrechte kostet Geld: Deine Spende zählt!

MENSCHENRECHTSARBEIT FÜR LGBT-PERSONEN BRAUCHT DICH

ARBEIT FÜR DIE MENSCHENRECHTE KOSTET GELD. MIT EINER SPENDE KANNST DU DIE AKTIVIST_INNEN DES NETZWERKS LGBT-RECHTE BEI IHREM EINSATZ FÜR DIE MENSCHENRECHTE UNTERSTÜTZEN.

Natürlich arbeiten alle Aktivist_innen des Netzwerks LGBT-Rechte ehrenamtlich für ihr Anliegen, dennoch kostet die Arbeit der Gruppe Geld: Folder müssen gedruckt werden, Porto für die Appellbriefe muss bezahlt und Materialien für Aktionen und Veranstaltungen müssen beschafft werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Alle diese Ausgaben sind notwendig, um die Öffentlichkeit über Menschenrechte und deren Verletzungen zu informieren und Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Die genauen Aktivitäten im Jahr 2009 kannst du auf S. 3 nachlesen.

AMNESTY TRÄGT SPENDENGÜTESIEGEL

Amnesty International ist übrigens Trägerin des österreichischen Spen-

dengütesiegels, das bedeutet unter anderem, dass die Spendenverwendung genau überprüft wird.

KEINE GELDER VON REGIERUNGEN

Amnesty International akzeptiert keine Gelder von Regierungen und politischen Parteien. Die Arbeit wird daher ausschließlich durch private Spenden von Förderer_innen und Mitgliedern finanziert. Nur so kann Amnesty International unabhängig und politisch neutral sein. Deine Spende ist daher bei Amnesty International gut aufgehoben.

SPENDENKONTO:

PSK 1.030.000, BLZ 60.000

Bitte als Verwendungszweck

„Netzwerk LGBT-Rechte“ angeben!



SPIELEND ÜBER MENSCHEN- RECHTE LERNEN

AUCH IN DIESEM JAHR WAR DAS NETZWERK LGBT-RECHTE VON AMNESTY INTERNATIONAL BEIM TAG DER VIELFALT IM WIENER RATHAUS VERTRETEN - DIESMAL MIT ZWEI SPIELN.

Der Tag der Vielfalt ist eine Initiative der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und gilt als Jugendveranstaltung zum Thema Chancengleichheit und Vielfalt. Unter dem Motto: Respect Unlimited tourten die Veranstalter_innen durch verschiedene europäische Städte wie z.B. Barcelona, Berlin und eben Wien. Die Teilnehmer_innen strecken sich über Schüler_innen, Lehrer_innen sowie NGOs und Vereine, die ihre Anliegen dem Publikum darbieten konnten.

FIKTIVES GEBURTSLAND

Das Netzwerk LGBT-Rechte erweiterte sein Programm heuer auf zwei Spiele und animierte die Kinder und Jugendlichen, beim Spielen auch noch etwas über die aktuelle rechtliche Situation von LGBT-Personen zu lernen. Die jungen Menschen bekamen durch ein Losverfahren ein fiktives „Geburtsland“, etwa die Niederlande

oder Iran, wobei es 4 Kategorien der Länder gab. Je nach Gesetzeslage für Lesben und Schwule in dem Land mussten die Schüler_innen dann mit mehr oder weniger großen Hindernissen Dosen schießen bzw. golfen. Zog man etwa Iran, waren die Spiele am schwierigsten: Das erklärt sich aus der Gesetzeslage des Iran, wo für homosexuelle Handlungen 100 Peitschenschläge bis zur Todesstrafe drohen. Die unterschiedlichen Schwierigkeiten bei den Spielen kamen den Schüler_innen zunächst sehr willkürlich vor, viele zeigten sich dann aber betroffen, als ihnen erklärt wurde, warum das Spiel für sie schwieriger sein würde als für andere.

Alles in allem war der Tag der Vielfalt eine gelungene Veranstaltung. Das Netzwerk wird sich bemühen, auch nächstes Jahr wieder dabei zu sein.

DAS JAHR 2009 IM RÜCKBLICK

Das Netzwerk LGBT-Rechte blickt auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Hier ein kurzer Rückblick auf die Aktivitäten der letzten 12 Monate im Zeitraffer:

KISS IN: Am Valentinstag küssten sich auf Initiative des Netzwerks gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare in der Wiener Innenstadt, um auf Diskriminierung gleichgeschlechtlich liebender Menschen hinzuweisen - **IDAHO-NIGHT:** Der Internationale Tag gegen Homophobie wurde vom Netzwerk mit einem Fest am Badeschiff gefeiert - **IDENTITIES FILM FESTIVAL:** Das Netzwerk war im Juni mit einem Infostand am Wiener Queer-Filmfestival vertreten - **ANDERSRUM IN MARIAHILF:** Die Gruppe präsentierte sich bei einem Straßenfest im 6. Bezirk mit einem Infostand - **EUROPRIDE ZÜRICH:** Das Netzwerk demonstrierte mit Amnesty-Gruppen aus verschiedenen Ländern für gleiche Rechte von LGBT-Personen - **REGENBOGENPARADE WIEN:** Mit leuchtend gelben Schildern in verschiedenen Sprachen wies das Netzwerk darauf hin, dass Liebe kein Verbrechen ist - **MEILENSTEINE STOLPERSTEINE:** Bei dieser Veranstaltung des Netzwerks Frauenrechte von Amnesty International war das Netzwerk LGBT-Rechte mit einem Infostisch vertreten - **MAX-HERRE-KONZERT** - Der engagierte Musiker gab in Wien Amnesty-Aktivist_innen die Möglichkeit, Unterschriften für aktuelle Fälle zu sammeln. - **TAG DER VIELFALT:** Die Gruppe informierte mit zwei Spielen Jugendliche über die Situation von Leben und Schwulen weltweit.

DARÜBER HINAUS: Die Aktivist_innen gestalteten vier LGBT-Updates, aktualisierten die Website, arbeiteten zu Fällen, erstatteten Bericht für verschiedene Amnesty-Treffen und –gremien und erstellten einen neuen Informationsfolder. Alle Aktivitäten wurden geplant bei 14 Gruppentreffen und einer Sommerklausur, insgesamt entstanden dabei mehr als 40 Seiten Protokoll.



Dosenwerfen & dabei über die Situation von LGBT-Personen weltweit erfahren.

APPELLBRIEFE: ACT NOW!

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, aufgrund ihrer Herkunft, Meinung, Hautfarbe oder sexuellen Orientierung inhaftiert, ermordet, zum Tode verurteilt oder verschleppt.

Amnesty International veröffentlicht diese Schicksale, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Du kannst mit deinem persönlichen Appell dazu bei-

tragen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Jeder Brief zählt! Bitte schicke die Appellbriefe direkt an die genannte Adresse.

Weitere Appellfälle findest du auf der Homepage des Netzwerks LGBT-Rechte, www.lgbt.at, und auf der Homepage von Amnesty International, www.amnesty.at.

Der aktuelle Appellbrief richtet sich an den serbischen Präsidenten. Die serbische Regierung soll (LGBT-) Menschenrechtsverteidiger_innen besser beschützen (siehe dazu auch die Titelstory auf Seite 1-2)

ANLEITUNG ZUM VERSAND

Auf der folgenden Seite findest du den aktuellen Appellbrief. Die deutsche Übersetzung des Briefes kannst du dir rechts durchlesen. Sende den Brief bitte an die folgende Adresse (eigene Adresse + Unterschrift nicht vergessen).

Für eine Standardsendung nach Serbien beträgt das Porto 65 Cent.

Boris Tadić
Predsednik Republike Srbije
Andrićev Venac 1
11000 Beograd
Serbia

Fax: +381 11 658 584, 361 78 65
Mail: kontakt.predsednik@predsednik.rs

Adresse Empfänger

Deine Adresse

Sehr geehrter Herr Präsident,

Amnesty International stellt mit Besorgnis fest, dass Menschenrechtsverteidiger_innen (MRV) in Serbien nach wie vor persönlichen Angriffen durch Politiker, Medien und andere nicht-staatliche Akteure ausgesetzt sind. Dies betrifft insbesondere Frauen, die mit der Übergangsgesetzgebung befasst sind. Zudem sind auch Menschenrechtsverteidiger_innen, die für die Rechte von Frauen und Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) arbeiten, solchen Angriffen ausgesetzt: Verbale und schriftliche Drohungen, Graffiti an ihren Liegeschäften und physische Angriffe auf ihre Person. Nur wenige Personen sind bisher vor Gericht gestellt worden, und in Fällen mit Strafverfolgung wurden kleinere Delikte angeklagt. Menschenrechtsverteidiger_innen sehen sich auch der Drohung ausgesetzt, verklagt zu werden, oft auf Grund von zweifelhaften und politisch motivierten Anklagepunkten. Aktuelle Minister der serbischen Regierung wie auch Parlamentsmitglieder und Parteimitglieder der Regierungskoalition haben Menschenrechtsverteidiger_innen und unabhängige Medien verbal und anderweitig bedroht.

Menschenrechtsverteidiger_innen haben das Recht auf Schutz vor Angriffen, insbesondere angesichts ihrer wichtigen Rolle bei der Förderung der Menschenrechte in Serbien, bei der Bekämpfung der Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und beim Menschenrechtsschutz von Frauen und LGBTs. Menschenrechte und ihr Schutz spielen eine wichtige Rolle beim EU Beitrittsprozess; der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission hat im November 2008 entsprechend Verbrechen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen vermerkt.

Die serbische Regierung muss den Menschenrechtsverteidiger_innen in der Praxis die Rechte garantieren, wie sie die UN Deklaration über Menschenrechtsverteidiger auflistet; diese Rechte müssen in nationales Recht überführt werden. Die serbischen Behörden müssen alle Bedrohungen und Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger_innen, LGBTs und unabhängige Medienschaffende rasch, gründlich und unparteiisch untersuchen. Personen, die sich entsprechende Vergehen zuschulden kommen lassen, müssen vor Gericht gestellt werden. Zudem muss Serbien effektive Maßnahmen ergreifen, um Staatsbedienstete zur Rechenschaft zu ziehen, die das Strafverfahren dazu missbrauchen, Menschenrechtsverteidiger_innen zu belästigen oder ihren legitimen Einsatz für den Schutz der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten zu behindern. Schließlich sollen sich die serbischen Behörden explizit dazu verpflichten, die Menschenrechte zu fördern, die Menschenrechtsverteidiger_innen zu schützen und von aufrührerischen Äußerungen Abstand zu nehmen, die ein feindseliges Klima gegen Menschenrechtsverteidiger_innen erzeugen.

Hochachtungsvoll,

Unterschrift

Dear Mr. President,

Amnesty International notes with concern that human rights defenders in Serbia, including in particular women Human Rights Defenders (HRDs) concerned with transitional justice, continue to be subject to personal attacks including by politicians, in the media, and by non-state actors. In addition, HRDs working for the rights of women and the rights of lesbian, gay, bisexual and transgender (LGBT) people are also subject to threats and attacks. Such attacks include verbal and written threats, including threatening graffiti on their premises and physical attacks on their person. Relatively few persons suspected of such attacks have been brought to justice, and in cases where prosecutions have taken place, lesser 'misdemeanour' charges have often been filed. HRDs also face threats of or actual legal action, often on spurious or politically-motivated charges. Serving Government ministers, members of the Serbian Parliament and members of political parties in coalition with the Government have made verbal and other threats against HRDs and members of the independent media.

Human rights defenders have a right to be protected from attack, especially considering the crucial role their work is playing in the process of promoting respect for human rights in Serbia, ending impunity for war crimes and in ensuring the protection of the rights of women and the LGBT community. Human rights and their protection play an important role in the process of EU accession, and violations against HRDs have been noted in the November 2008 progress report, published by the European Commission.

The Serbian government must guarantee in practice to human rights defenders in Serbia the rights set out in the UN Declaration on Human Rights Defenders and incorporate its provisions into national law and mechanisms. Serbian authorities should thoroughly, promptly and impartially investigate all threats and attacks against HRDs, LGBT people and members of independent media. Perpetrators must be identified and brought to justice. Furthermore, Serbia should take effective action to sanction state officials who abuse the criminal process to the detriment of HRDs with the intention of harassing them or curtailing their legitimate activities for the defence of human rights and fundamental freedoms. Finally, Serbian authorities should explicitly commit themselves to promoting respect for human rights, to the protection of HRDs and refraining from inflammatory public statements, including in the media, which create a climate of hostility towards HRDs.

Yours sincerely